

Wohnen Frontalangriff der Hauseigentümer auf Genossenschaften, TA 2014-07-30 TA vom 26. Juli

Wirtschaftliche Selbsthilfe.

Wenn ich ein Versorgungsbedürfnis habe, das sich besser im Kollektiv als individuell organisieren lässt, gründe ich zusammen mit anderen eine Genossenschaft oder schliesse mich einer bestehenden an. Deren Zweck ist die «wirtschaftliche Selbsthilfe». Sei es, bei der Beschaffung von Wohnraum (Wohnbaugenossenschaften), Autos (Mobility) oder im Fall der Risikoversicherung (Hagelversicherung). Die Schaffung von Genossenschaften ist eine altbewährte Art von «sharing economy». Darf ich mich auch bei Mobility anmelden, wenn ich mir ein eigenes Auto leisten könnte? Darf die öffentliche Hand Mobility fördern, weil es im gesellschaftlichen Interesse liegt, weniger Parkplätze und weniger gefahrene PW-Kilometer (mit weniger Verkehrsunfällen, Luftverschmutzung, CO₂-Emissionen) zu haben? Die bürgerlichen Hauseigentümer bekämpfen die Wohnbaugenossenschaften mit Halbwahrheiten, weil ihnen die Profite entgehen, wenn wir unsere Wohnraumversorgung ohne sie organisieren. Gern wüsste man Genaueres über den Zustand und die Ausstattung der von Privaten vermieteten Wohnungen unter 1230 Franken.

Mike Weibel, Zürich

Es profitieren nur wenige.

Es ist absolut ungerecht, dass einige wenige von günstigem Wohnraum profitieren (Kostenmiete), während andere - auch ärmere - den vollen Marktpreis bezahlen müssen. Volkswirtschaftlich bedenklich ist, dass nicht mehr in die Nähe des Arbeitsplatzes umgezogen wird, weil man dort nicht mehr eine so billige Wohnung findet. Zudem ist es oft günstiger, in der zu grossen Wohnung zu bleiben.

■ Anton Keller

Krude Gewinnmaximierung.

Dass ein elementares Grundrecht, nämlich wohnen zu können, einfach der kruden Gewinnmaximierung unterstellt wird, ist eine hinreichend bekannte Tatsache. Deshalb ist es ja nur logisch, dass sich Wohnbaugenossenschaften diesem Trend entgegen-

«Es genügt, wenn der Spekulation mit Immobilien ein Riegel vorgeschoben wird.»

stellen. Und es müssten eigentlich noch viel mehr sein. Es braucht auch nicht jede Genossenschaft eine gemeinnützige zu sein. Es genügt, wenn der Spekulation mit Immobilien ein Riegel vorgeschoben wird.

■ Olo Bamert

Eine Wohnchance für alle.

Als Hauseigentümerin wohne ich in den eigenen vier Wänden. So gesehen, könnte ich in das Lied des Hauseigentümergeverbandes einstimmen. Aber es kann ja nicht sein, dass wir Menschen aus unserer Gesellschaft ausschliessen, welche finanziell schlechtergestellt sind. Ich kenne alleinerziehende Mütter, die aus Zürich wegziehen mussten, weil sie einfach keine Wohnung mehr gefunden haben, die für sie bezahlbar ist. Wollen wir wirklich nur noch Banker, leitende Angestellte und Spekulanten als Einwohner in dieser Stadt? Ich finde nein. Ein gesunder Mix macht's aus, jeder sollte eine Chance haben, hier wohnen zu können, unabhängig von seinen finanziellen Verhältnissen.

■ Meret Bertschinger

Heiss auf die Mieteinnahmen.

Der Hauseigentümergeverband und die FDP sind nur deshalb gegen Genossenschaften, weil sie nichts von deren Mietgeldern haben. Immerhin würden 25 000 Mietpartien um die 750 Millionen Franken Einnahmen an das leistungsfreie Einkommen der Immobilienbarone beitragen.

■ Werner Graf